



Landratsamt
München

Landratsamt München · Postfach 95 02 60 · 81518 München
Az. 6.2-3920/Hö

Postzustellungsauftrag
Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch das
Staatliche Bauamt Freising
Servicestelle München
Winzererstr. 43
80797 München

Wasserrecht und Wasserwirtschaft

A	V	V14	V15	PR	S
L1	Staatl. Bauamt Freising Servicestelle München				S1
L2					S2
L3	Eing: 30. APR. 2014				S3
L4					S4
L4.2	A. Nr.: J. Nr.: Beil.:				
I	E	M	T	R	K

Ihr Zeichen:
Ihr Schreiben vom:

Unser Zeichen: 6.2-3920/Hö
München, 25.04.2014

Auskunft erteilt:
Frau Hörl

E-Mail:
HoerlG@lra-m.bayern.de

Tel.: 089 / 6221-2642
Fax: 089 / 6221 44-2642

Zimmer-Nr.:
F 2.34

Vollzug der Wassergesetze;

Versickerung von Niederschlagswasser aus den Straßenflächen der B 13 in den Wasserschutzgebieten der Landeshauptstadt München (Verordnungen vom 16.03.1977 und vom 29.10.1984, geändert am 16.11.2004)

Anlagen

1 Satz Antragsunterlagen

Das Landratsamt München erlässt folgenden

Bescheid:

1. Befreiung

- 1.1 Es wird eine Befreiung von dem Verbot der Wasserschutzgebietsverordnung des Landratsamtes München für das Wasserschutzgebiet in den Gemeinden Oberhaching, Taufkirchen, Brunthal, Eichenhausen, Oberbiberg, Sauerlach und dem gemeindefreien Gebiet Deisenhofener Forst, Landkreis München für die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt München vom 16.03.1977 wegen Errichtung eines Geh- und Radwegs in der engeren Schutzzone erteilt.
- 1.2 Die unter Ziffer 2.3 dieses Bescheids festgesetzten Inhalts- und Nebenbestimmungen gelten auch für die unter Ziffer 1.1 dieses Bescheids erteilte Befreiung.



Öffnungszeiten

Mo. – Fr. 08:00 – 12:00 Uhr
und Do. 14:00 – 17:30 Uhr
Wir bitten Sie, Termine zu vereinbaren.

Telefon 089 6221-0
Telefax 089 6221-2278
Internet www.landkreis-muenchen.de
E-Mail poststelle@lra-m.bayern.de

Dienstgebäude / Erreichbarkeit
Frankenthaler Str. 5-9
U-Bahn, S-Bahn: U2, S3, S7
Straßenbahn Linie 17
Bus Linien 54, 139, 144, 147
Haltestelle Giesing-Bahnhof

Tiefgarage im Haus
Zufahrt über Frankenthaler Str.

Bankverbindungen

KSK München Starnberg Ebersberg
(BLZ 702 501 50) Konto Nr. 109
IBAN DE29 7025 0150 0000 0001 09
SWIFT-BIC BYLADEM1KMS
Postbank München
(BLZ 700 100 80) Konto Nr. 481 85-804
IBAN DE06 7001 0080 0048 1858 04
SWIFT-BIC PBNKDEFF



2. Beschränkte Erlaubnis nach Art. 15 BayWG (Bayerisches Wassergesetz)

2.1 Gegenstand der Erlaubnis, Zweck und Plan der Gewässerbenutzung

2.1.1 Gegenstand der Erlaubnis

Der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Staatliche Bauamt Freising, wird bis auf Widerruf die beschränkte wasserrechtliche Erlaubnis für die Versickerung von Niederschlagswasser aus den Straßenflächen der B 13 Str.km 17,940 bis 19,190 (Abschnitts-km B13_2620_0,035 bis B13_2620_1,285), sowie Str.km 25,725 bis 25,855 (Abschnitts-km B13_2660_0,000 bis B13_2660-0,130) in den Wasserschutzgebieten des Landkreises München

- in den Gemeinden Oberhaching, Taufkirchen, Brunnthal, Eichenhausen, Oberbiberg, Sauerlach und dem gemeindefreien Gebiet Deisenhofener Forst, Landkreis München für die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt München („Brunnen Deisenhofener Forst“, Verordnung vom 16.03.1977) und
- in den Gemeinden Sauerlach (Landkreis München), sowie Otterfing (Landkreis Miesbach) für die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt München („Brunnen Arget“ Verordnung vom 29.10.1984, geändert mit Verordnung vom 16.11.2004),

in den Untergrund erteilt.

2.1.2 Zweck der Gewässerbenutzung

Die Erlaubnis dient der Beseitigung von anfallendem Niederschlagswasser aus den Straßenflächen der B 13 Str.km 17,940 bis 19,190 (Abschnitts-km B13_2620_0,035 bis B13_2620_1,285), sowie Str.km 25,725 bis 25,855 (Abschnitts-km B13_2660_0,000 bis B13_2660-0,130) in den Wasserschutzgebieten des Landkreises München

- in den Gemeinden Oberhaching, Taufkirchen, Brunnthal, Eichenhausen, Oberbiberg, Sauerlach und dem gemeindefreien Gebiet Deisenhofener Forst, Landkreis München für die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt München („Brunnen Deisenhofener Forst“ Verordnung vom 16.03.1977) und
- in den Gemeinden Sauerlach (Landkreis München), sowie Otterfing (Landkreis Miesbach) für die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt München („Brunnen Arget“ Verordnung vom 29.10.1984, geändert mit Verordnung vom 16.11.2004),

in den Untergrund.

2.1.3 Plan

Der Benutzung liegen folgende Planunterlagen, versehen mit den Prüfvermerken des Wasserwirtschaftsamtes München vom 08.04.2013 sowie 04.12.2013 und dem Erlaubnisvermerk des Landratsamtes München vom 28.03.2014, zugrunde:

- Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis vom 02.12.2011
- Beschreibungen mit Ergänzung oder Änderung vom 17.12.2013 und 19.03.2014 zu den Entwässerungsplänen (Lageplänen) vom 28.08.2012
- Bewertungsgrundlagen, Ermittlung des Gefährdungsgrades und Prioritätsreihung Stand Ende 2008
- 5 Entwässerungspläne (Lagepläne), M 1 : 500; vom 28.08.2012
- Entwässerungsschnitte M 1 : 25 vom 28.08.2012
- Übersichtsplan, M 1 : 20.000, vom 30.10.2013 und Änderung vom 09.01.2014

2.1.4 Beschreibung der Anlagen

Im Bereich der Str.km 17,940 bis 19,190 werden Borde abgesenkt, um das anfallende Niederschlagswasser über Rasenmulden in den Untergrund zu versickern. Überschüssiges Wasser wird über einen Absetzschacht einer Rohrrigole zugeführt und dann ebenso in den

Untergrund versickert. Sollte weiterhin Niederschlagswasser vorhanden sein, welches auch über die Rohrrigole nicht versickert werden kann, wird dieses Abwasser 22 Versickerungsschächten, wovon vier vorgeschaltete Absetzschächte besitzen, zugeführt.

Aufgrund der beengten Verhältnisse und der großen Anzahl von Ver- und Entsorgungseinrichtungen im Grünstreifen bzw. im Geh- und Radweg werden Absetzschächte DN 1500 mit einer Sohlentiefe von 2,10 m eingebaut.

In diesem Straßenabschnitt befinden sich außerdem zwei Muldeneinlaufschächte, die 10 cm höher gesetzt und mit drei Zeilern gesichert sind und künftig als Notreserve bei extremen Niederschlagsereignissen dienen.

In allen Versicker- und Muldeneinlaufschächten werden Filterschichten ausgetauscht und Filtersäcke nachgerüstet.

Bei Str. km 25,725 bis 25,855 wird im Einmündungsbereich mit der M 7 und im Parkplatzbereich das anfallende Niederschlagswasser über Straßenabläufe gesammelt und über drei Versickerungsschächte, denen Absetzschächte mit 2 m Dauerwasserstau vorgeschaltet sind, in den Untergrund versickert.

2.2 Dauer der Erlaubnis

Die Erlaubnis wird unbefristet erteilt.

2.3 Inhalts- und Nebenbestimmungen

2.3.1 Die Versickerungsanlagen sind nach den unter Nr. 2.1.3 aufgeführten und mit Vermerken und Roteintragungen des Wasserwirtschaftsamtes München vom 08.04.2013 und 04.12.2013 versehenen Antragsunterlagen sowie nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auszuführen und **bis zum 31.03.2015** herzustellen.

2.3.2 Durch regelmäßige Kontrolle, Wartung und Reinigung ist die Funktion der Sickeranlagen zu gewährleisten.

2.3.3 Es bedarf keiner Bauabnahme nach Art. 61 Abs. 1 BayWG, wenn der öffentliche Bauherr die Bauabnahme Beamten des höheren bautechnischen Verwaltungsdienstes übertragen hat, Art. 61 Abs. 2 Satz 2 BayWG.

Die Bauabnahme des Beamten des höheren bautechnischen Verwaltungsdienstes ist dem Landratsamt München innerhalb eines Monats nach Baufertigstellung vorzulegen.

Sollte dies nicht der Fall sein, sind die Versickerungsanlagen gemäß Art. 61 BayWG von einem zugelassenen Privaten Sachverständigen in der Wasserwirtschaft nach Art. 65 BayWG abzunehmen. Durch Vorlage eines Abnahmeberichtes muss bestätigt werden, dass die Baumaßnahme entsprechend dem Bescheid ausgeführt wurde bzw. welche Abweichungen vorgenommen wurden.

Die Bestätigung des Sachverständigen ist dem Landratsamt München und dem Wasserwirtschaftsamt München innerhalb eines Monats nach Baufertigstellung vorzulegen.

2.3.4 Der bei der Straßenmeisterei Sauerlach vorhandenen Dienstanweisung (Alarmplan) für die Regelung bei Unfällen muss ein Plan mit den eingetragenen Wasserschutzgebieten beigelegt werden.

2.3.5 Die Notfallnummer 0170/5642833 des Wasserwerks Taufkirchen ist in der Dienstanweisung (Alarmplan) bei der Straßenmeisterei Sauerlach aufzunehmen.

2.3.6 Bei der Straßenmeisterei Sauerlach ist ausreichend Ölbindemittel vorrätig zu halten und bereitzustellen.

2.3.7 Durch Beseitigung von Erosionsschäden, Entbuschung und Erhaltung einer dichten Grasnarbe muss die belebte Oberbodenzone im Versickerungsbereich der Straßenabschnitte, die in den Wasserschutzgebieten der Landeshauptstadt München (Verordnungen vom

16.03.1977 und vom 29.10.1984, geändert am 16.11.2004) liegen, erhalten bzw. verbessert werden (Mindestdicke der belebten Oberbodenzone: 30 cm).

Die Durchführung der Maßnahmen ist erstmals zum **31.03.2015** dem Landratsamt München und dem Wasserwirtschaftsamt München nachzuweisen. Der Nachweis ist im Fünf-Jahres-Turnus jedes Mal zu erbringen.

- 2.3.8 Im Winterbetrieb muss auf der B 13 durch vermehrte mechanische Schneeräumung und Verwendung von Feuchtsalz der Streusalzverbrauch reduziert werden.
- 2.3.9 Bei einem wesentlichen Um- bzw. Ausbau der Straßen in den Wasserschutzgebieten der Gemeinde Taufkirchen (Verordnung vom 11.10.2010) und der Landeshauptstadt München (Verordnungen vom 16.03.1977 und vom 29.10.1984, geändert am 16.11.2004) ist die Niederschlagswasserbeseitigung entsprechend den Vorgaben der RiStWag vorzunehmen.
- 2.3.10 Werden die Versickerungsanlagen durch Öle, Treibstoffe oder sonstige wassergefährdende Stoffe verunreinigt, so sind unverzüglich das Landratsamt München und das Wasserwirtschaftsamt München zu verständigen.

Eventuelle Sanierungsmaßnahmen dürfen nur in Abstimmung mit den o. g. Behörden durchgeführt werden.

3. Kostenentscheidung

- 3.1 Die Kosten des Verfahrens trägt die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Staatliche Bauamt Freising.
- 3.2 Für diesen Bescheid werden keine Gebühren erhoben.

Gründe:

1. Sachverhalt

Mit Schreiben vom 02.12.2011 hat die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Staatliche Bauamt Freising, eine wasserrechtliche Erlaubnis für die Versickerung von Niederschlagswasser aus den Straßenflächen der B 13 in den Wasserschutzgebieten der Landeshauptstadt München (Verordnungen vom 16.03.1977 und vom 29.10.1984, geändert am 16.11.2004) beantragt.

Das Wasserwirtschaftsamt München hat mit Gutachten vom 08.04.2013, 04.12.2013 und E-mail vom 11.12.2013 zu dem Vorhaben als amtlicher Sachverständiger Stellung genommen und dem Vorhaben unter Vorschlag von Inhalts- und Nebenbestimmungen zugestimmt.

Da sich die zu entwässernden Straßenabschnitte in den Wasserschutzgebieten der Landeshauptstadt München (Verordnungen vom 16.03.1977 und vom 29.10.1984, geändert am 16.11.2004) befinden, welche der Wasserversorgung der Landeshauptstadt München dienen, wurde die SWM Services GmbH Wassergewinnung beteiligt. Zur Erteilung der Befreiung von dem Verbot der Wasserschutzgebietsverordnung des Landratsamtes München über das Wasserschutzgebiet in den Gemeinden Oberhaching, Taufkirchen, Brunnthal, Eichenhausen, Oberbiberg, Sauerlach und dem gemeindefreien Gebiet Deisenhofer Forst, Landkreis München für die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt München vom 16.03.1977 wegen Errichtung eines Geh- und Radwegs in der engeren Schutzzone wurde die SWM Services GmbH Wassergewinnung um Stellungnahme gebeten.

Sie hat dem Vorhaben mit Schreiben vom 01.07.2013 und E-Mail vom 08.01.2014, bis auf die Streckenabschnitte Str.km 15,490 bis 17,820, unter Auflagen zugestimmt.

2. Rechtsgründe

2.1 Die sachliche und örtliche Zuständigkeit des Landratsamtes München zum Erlass dieses Bescheides ergibt sich aus Art. 63 Abs. 1 BayWG und Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 BayVwVfG (Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetz).

2.2 Die Erteilung der Befreiung von der Wasserschutzgebietsverordnung war zur Realisierung des Vorhabens erforderlich, da der Straßenabschnitt der B 13 Str km 15,490 bis 17,820, in welchem ein Geh- und Radweg errichtet werden soll, in der engeren Schutzzone des Wasserschutzgebietes des Landratsamtes München in den Gemeinden Oberhaching, Taufkirchen, Brunnthal, Eichenhausen, Oberbiberg, Sauerlach und dem gemeindefreien Gebiet Deisenhofener Forst, Landkreis München für die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt München vom 16.03.1977 liegt und die Errichtung von Wegen gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4.3 grundsätzlich verboten ist. Gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 2 der Schutzgebietsverordnung wird die o.g. Befreiung von dem Verbot der Schutzgebietsverordnung nach pflichtgemäßen Ermessen gewährt, da das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde und das Gemeinwohl der Befreiung nicht entgegensteht. Durch das Verbot würde der Bau des Geh- und Radwegs verhindert, welcher der Allgemeinheit dient und durch die Beschaffenheit des Abwassers, den geringen Bodeneingriff sowie die breitflächige Versickerung über den Oberboden keine schädlichen Auswirkungen auf das Grundwasser erwarten lässt.

Die Einwendungen der SWM Services GmbH Wassergewinnung vom 01.07.2013 und 08.01.2014 hinsichtlich des Streckenabschnitts Str.km 15,490 bis 17,820 wurden eingehend geprüft. Bei Beachtung und Einhaltung der festgesetzten Auflagen, der großen Grundwasserüberdeckung und der oberirdischen breitflächigen Versickerung kann die Erteilung der Befreiung von dem Verbot gewährt werden.

Der in den Einwendungen vom 01.07.2013 und 08.01.2014 genannte Anstieg der Chloridgehalte im Trinkwasser ist tolerierbar, da der Grenzwert für den Chloridgehalt in der Trinkwasserverordnung deutlich unterschritten wird (Grenzwert der Trinkwasserverordnung 250 mg/l, Chloridgehalte Brunnen III „Deisenhofener Forst“ 10-20 mg/l), über den Beobachtungszeitraum von 30 Jahren keine zunehmende Tendenz erkennbar ist und Maßnahmen zur Minimierung des Streusalzverbrauches durch Feuchtsalzverwendung vorgesehen und als Auflage festgesetzt sind.

Eine Fassung und Ausleitung des Niederschlagswassers führt zu keinem vollständigen Rückgang der Chloridgehalte, da durch Streusalzverluste bei der Aufbringung und Verwehungen der Sprühhahnen ein nicht unerheblicher Teil der Salzfracht neben die Straße ins umgebende Gelände gelangt und dort versickert.

Allein die nicht quantifizierbare Verminderung der Salzfracht stellt keinen zwingenden Grund zur Ausleitung dar.

Außerdem ist in Nr. 1 (Anwendungsbereich) der RiStWag geregelt, dass sie nicht für Baumaßnahmen für Geh- und Radwege an bestehenden Straßen gilt.

Die Befreiung kann gem. § 4 Abs. 2 der Schutzgebietsverordnung mit Auflagen verbunden werden.

Die festgesetzten Auflagen sind erforderlich, um nachteilige Auswirkungen auf die Ordnung des Wasserhaushalts, die öffentliche Gesundheit sowie den Natur- und Landschaftsgenuss zu verhüten oder auszugleichen.

2.3 Das Einleiten von Niederschlagswasser in das Grundwasser stellt eine Benutzung im Sinne von § 9 Abs. 1 Nr. 4 WHG (Wasserhaushaltsgesetz) dar. Da diese Gewässerbenutzung nicht unter die im WHG oder BayWG erlaubnis- oder bewilligungsfrei festgeleg-

ten Benutzungen fällt, bedarf die Einleitung gemäß § 8 Abs. 1 WHG der behördlichen Gestattung.

Die Niederschlagswasserfreistellungsverordnung -NWFreiV- ist bei o. g. Vorhaben nicht anwendbar, da das Vorhaben in den Wasserschutzgebieten der Landeshauptstadt München (Verordnungen vom 16.03.1977 und vom 29.10.1984, geändert am 16.11.2004) liegt.

- 2.4 Als Form der Gestattung für dieses Vorhaben kommt eine beschränkte Erlaubnis nach §10 WHG i. V. m. Art. 15 BayWG in Betracht.
- 2.5 Für die B 13 bei Str-km 14,430 bis 15,010 wurde bereits im Planfeststellungsbeschluss der Regierung von Oberbayern vom 20.06.1972, Az. II A 15-IV D-3311 B 13-162 unter Ziffer IV. eine wasserrechtliche Erlaubnis zur Niederschlagswasserbeseitigung für diesen Straßenbereich erteilt.
- 2.6 Da im Wasserrechtsverfahren keine Gründe bekannt geworden sind, die gemäß § 12 Abs. 1 WHG die Versagung der wasserrechtlichen Erlaubnis zwingend erfordert hätten, konnte das Landratsamt München über die Erteilung der Erlaubnis gemäß § 12 Abs. 2 WHG im pflichtgemäßen Ermessen entscheiden und die beantragte Erlaubnis unter Festsetzung von Inhalts- und Nebenbestimmungen erteilen. Die wasserwirtschaftlichen Grundsätze werden durch die vorgelegte Planung im vorliegenden Fall ausreichend berücksichtigt.

Das Niederschlagswasser ist abhängig von der Luftverschmutzung unterschiedlich stark mit Schadstoffen belastet. Durch die Verkehrsbelastung wird der Verschmutzungsgrad des von der Straße abfließenden Niederschlagswassers zusätzlich erhöht.

In sensiblen Bereichen kommt der Vorreinigung des Niederschlagswassers eine besondere Bedeutung zu.

Daher werden im Bereich nördlich von Sauerlach (Str. km 17,940 bis 19,190) im Wasserschutzgebiet der Landeshauptstadt München (Verordnungen vom 16.03.1977) Zone III die bestehenden unterirdischen Versickerungsanlagen (Sickerschächte und Rigolen) entsprechend dem heutigen Stand der Technik (Ausführung der Sickerschächte als Schachttyp A oder B nach DWA-Arbeitsblatt A 138) nachgerüstet.

Für den Bereich der B13 südlich von Arget (Str.km 25,725 bis 25,855) im Wasserschutzgebiet der Landeshauptstadt München (Verordnung vom 29.10.1984, geändert am 16.11.2004) der Stadtwerke München werden in die bestehenden Sickerschächte Absetzschächte eingebaut, welche mit Filtersäcken nachgerüstet werden und dem heutigen Stand der Technik (Ausführung der Sickerschächte als Schachttyp A oder B nach DWA-Arbeitsblatt A 138) entsprechen.

Nach wasserwirtschaftlicher Bewertung wird, unter Beachtung und Einhaltung der in diesem Bescheid festgesetzten Auflagen und aufgrund der großen Grundwasserüberdeckung, das Restrisiko für die Wassergewinnungsanlagen auf ein vertretbares Maß reduziert, sodass auf das Ausleiten des Niederschlagswassers gemäß RiStWag verzichtet werden kann.

Die Einwendungen der SWM Services GmbH Wassergewinnung und der Gemeinde Taufkirchen wurden eingehend geprüft.

Zur eingehenden Ausführung verweisen wir auf die unter Ziffer 2.2 Absatz 3 bis 6 der Begründung zu diesem Bescheid.

Bezüglich der Einwendungen der Gemeinde Taufkirchen vom 03.07.2013 ist festzustellen, dass beim Neubau eines Brunnens der Brunnenstandort so zu wählen ist, dass keine öffentliche Straße in der engeren Schutzzone zu liegen kommt.

Das von Frau Schüler von der Gemeinde Taufkirchen aufgezeigte Problem, dass sich die engere Schutzzone für den neuen Brunnen IX über das Gebiet der B 13 erstreckt, darf

demzufolge nicht auftreten. Andernfalls wäre ein anderer Standort für den Brunnen zu wählen.

Die Aufnahme der Notfallnummer 0170-5642833 für das Wasserwerk Taufkirchen in den geplanten Alarmplan wurde in der Auflage unter Ziffer 2.3.5 berücksichtigt.

Zur beantragten Vorlage von Bestands- und Lageplänen der baulichen Maßnahmen ist festzustellen, dass im Wasserschutzgebiet der Gemeinde Taufkirchen keine baulichen Maßnahmen vorgesehen sind.

- 2.7 Die Erlaubnis kann gemäß § 13 WHG i.V.m. Art 36 Abs. 2 BayVwVfG nach pflichtgemäßem Ermessen unter Festsetzung von Inhalts- und Nebenbestimmungen erteilt werden, um schädliche Gewässerveränderungen zu vermeiden.

- 2.7.1 Die Auflage unter Ziffer 2.3.5 (Alarmplan) wird für den gesamten Straßenverlauf in den Wasserschutzgebieten der Gemeinde Taufkirchen (Verordnung vom 11.01.2010) und der Landeshauptstadt München (Verordnung vom 16.03.1977, sowie Verordnung vom 29.10.1984, geändert mit Verordnung vom 16.11.2004) festgesetzt. Zur Reduzierung der vom Bestand der Straßen ausgehenden Gefahren sind bestimmte Maßnahmen vorgesehen. In diesem Zusammenhang sind detaillierte Alarmierungs- und Unfalleinsatzpläne zur Verkürzung der Reaktionszeiten im Gefahrenfall vorzusehen. Notwendiger Bestandteil eines solchen Alarmplans ist dabei auch die Aufnahme einer Notfallnummer zur Benachrichtigung des Wasserversorgungsträgers.

- 2.7.2 Die Auflage unter der Ziffer 2.3.7 dieses Bescheids wird auch für die Straßenabschnitte in den Wasserschutzgebieten der Gemeinde Taufkirchen (Verordnung vom 11.01.2010) und der Landeshauptstadt München (Verordnung vom 16.03.1977, sowie Verordnung vom 29.10.1984, geändert mit Verordnung vom 16.11.2004) festgesetzt, die keiner wasserrechtlichen Erlaubnis bedürfen.

Dort wird das anfallende Niederschlagswasser über die Straßenschulter breitflächig versickert. Dennoch ist ein wirksamer Bodenfilter das beim ungesammelten und flächenhaften Versickern von Straßenabwasser zu fordernde Mindestmaß, um schädlichen Auswirkungen auf das Grundwasser zu vermeiden.

Bei unzureichender Filterung, z.B. in Bereichen, wo der Oberboden erodiert ist, ist selbst das ungesammelte, flächenhafte Versickern von Straßenabwasser als Maßnahme zu werten, die geeignet ist, dauernd oder in einem nicht nur unerheblichen Ausmaß nachteilige Veränderungen der Grundwasserbeschaffenheit herbeizuführen. Angesichts der in Wasserschutzgebieten äußerst niedrig anzusetzenden Schwelle, bei der eine schädliche Gewässerverunreinigung anzunehmen ist, ist es erforderlich den entsprechenden Bodenfilter herzustellen und zu unterhalten.

- 2.8 Die Erlaubnis wird unbefristet erteilt, da in absehbarer Zeit nicht mit einer grundlegenden Änderung der wasserwirtschaftlichen Situation bzw. deren Beurteilung zu rechnen ist und die Umsetzung der RiStWag beim Ausbau der Straßen im Wasserschutzgebiet durch die Auflage unter Ziffer 2.3.9 dieses Bescheids gesichert ist. Unabhängig davon ist die wasserrechtliche Erlaubnis kraft Gesetzes widerruflich (§ 18 Abs. 1 WHG).

- 2.9 Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 1, 2, 4 Abs. 1 Nr. 2 des Kostengesetzes.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,
Postfachanschrift: Postfach 20 05 43, 80005 München,
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,

schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren im Bereich des Wasserrechts abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.
- Die Klageerhebung in elektronischer Form (z.B. durch E-Mail) ist unzulässig.
- Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Hinweise:

1. Für die erlaubte Gewässerbenutzung sind die einschlägigen Vorschriften des WHG und des BayWG mit den dazu ergangenen Verordnungen maßgebend; die hiernach bestehenden Rechte, Verpflichtungen und Vorbehalte sind in den Inhalts- und Nebenbestimmungen grundsätzlich nicht enthalten.
2. Eine Liste der privaten Sachverständigen in der Wasserwirtschaft kann beim Landesamt für Umwelt, Bürgermeister-Ulrich-Straße 160, 86179 Augsburg, oder über das Internet (http://www.lfu.bayern.de/wasser/sachverstaendige_wasserrecht/psw/index.htm) bezogen werden.
3. Bei Anlagen oder Anlagenteilen, die nach der Fertigstellung nicht mehr einsehbar oder zugänglich und für die Funktion der Anlage von nicht unwesentlicher Bedeutung sind, ist der PSW so rechtzeitig zu beauftragen, dass durch die Durchführung einer Teilabnahme eine ordnungsgemäße Abnahme nach Art. 61 BayWG erreicht werden kann.
4. Wir weisen darauf hin, dass Schürfe, Bohrungen und Erdaufschlüsse in Wasserschutzgebieten grundsätzlich verboten sind. Bei der geplanten Sanierung der Entwässerungsanlagen ist rechtzeitig vor Baubeginn ein Antrag auf Ausnahmegenehmigung von den Verboten der jeweils zutreffenden Wasserschutzgebietsverordnung beim Landratsamt München zu stellen.
5. Die Beteiligung der Gemeinde Taufkirchen als Wasserversorgungsträger ist nicht erforderlich, da das Vorhaben kein Verbot der Schutzgebietsverordnung berührt und somit keine Befreiung von der Wasserschutzgebietsverordnung der Gemeinde Taufkirchen (Verordnung vom 11.01.2010) zu erteilen ist.


Hör